

Sie möchten inserieren?  
Dann melden Sie sich bei uns!

Die nötigen Infos und Kontaktdaten finden Sie auf der letzten Seite im Impressum.



SCHWEIZER QUALITÄT  
SVP  
Die Partei des Mittelstandes



# Der Zürcher Bote

WOCHENZEITUNG FÜR DEN MITTELSTAND  
PUBLIKATIONSORGAN DER SCHWEIZERISCHEN VOLKSPARTEI SVP DES KANTONS ZÜRICH

|                                                                                                                     |                                                                                                 |                                                                                  |                                                                                                            |                                                                                       |
|---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-------------------------------------------------------------------------------------------------|----------------------------------------------------------------------------------|------------------------------------------------------------------------------------------------------------|---------------------------------------------------------------------------------------|
| <b>Eidgenössische Politik</b><br>Missverständnisse um die Neutralitätsinitiative<br>von Reinhard Wegelin<br>Seite 2 | <b>Kanton Zürich</b><br>Das Millionengrab von Jacqueline Fehr<br>von Tobias Weidmann<br>Seite 3 | <b>Aktuell</b><br>Nicht alles muss politisch sein<br>von Sean Burgess<br>Seite 5 | <b>Parlamentsgemeinden</b><br>Stadtparlament vor ersten Bewährungsproben<br>von Mathias Ottiger<br>Seite 6 | <b>Veranstaltungs-Tipp</b><br>SVP an der ZOM Wetzikon, vom 2.–6. September<br>Seite 5 |
|---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-------------------------------------------------------------------------------------------------|----------------------------------------------------------------------------------|------------------------------------------------------------------------------------------------------------|---------------------------------------------------------------------------------------|

ABSTIMMUNG VOM 27. SEPTEMBER 2026

## Kein Krieg – JA zur Schweizer Neutralität

Die Schweizer Neutralität ist eine der bedeutendsten Errungenschaften unserer Eidgenossenschaft. Sie ist ein bewährtes Erfolgsmodell und damit eine tragende Staatssäule unserer Eidgenossenschaft.

JA

ZUR SCHWEIZER NEUTRALITÄT



  
neutralitaet-ja.ch

Ein starkes JA zur Neutralitätsinitiative ermöglicht auch in Zukunft eine aktive Friedenspolitik.

Bild: zVg

Dank der Neutralität wird unser Land seit über 200 Jahren in keine Kriege und keine bewaffneten Konflikte miteinbezogen. Um unser Land tobten schwere Kriege und Konflikte, wie etwa der Erste und der Zweite Weltkrieg. Doch die Schweiz blieb verschont. Die Schweiz blieb neutral, sie ergriff nicht Partei für einen der Kriegsbeteiligten. Seit jeher galt die Devise: «Misch dich nicht in fremde Angelegenheiten ein, bleib gegenüber allen Seiten neutral!»

Doch seit einiger Zeit wankt unsere Neutralität, sie wird von innen angegriffen! Eine Mehrheit in der Politik beugt sich sang- und klanglos dem ausländischen Druck. Bundesrat und Parlament übernehmen eins zu eins EU-Sanktionen, welche ausschliesslich gegenüber einer

einzigsten Kriegspartei gelten. Plötzlich ist man in Bundesbern gewillt, sich schleichend der NATO anzunähern. Die Schweizer Armee nimmt mehr und mehr an NATO-Übungen teil. An Übungen, in denen ein Angriff auf ein NATO-Mitgliedsstaat geübt wird, darf die Schweiz aus Gründen der Neutralität unter keinen Umständen teilnehmen. Zusätzlich versucht eine Parlamentsmehrheit alles, um einer Kriegspartei Schweizer Waffen indirekt, also über einen Drittstaat, liefern zu können.

**Flexible Neutralität ist Unsinn**

Neutralität kann man nicht einfach zurechtbiegen, wie man gerade will. Das Ausüben einer sogenannten flexiblen Neutralität ist Unsinn. Neutralität kann nicht

flexibel sein. Unsere Neutralität mag für einige Politiker manchmal unangenehm sein. Andere Länder und deren Staatshäupter schütteln vielleicht den Kopf. Sie verstehen unsere Neutralität nicht, weil sie das Wort neutral nicht kennen.

**«Unsere Neutralität kann und darf NICHT flexibel sein!»**

Vielfach sind sie ja auch in kriegerische Handlungen involviert. Aber solche Äusserungen muss man aushalten. Die Schweiz kann und muss ihre bewährte und immerwährende Neutralität gut erklären. Neutralität ist der we-

sentlichste Grundpfeiler der Schweiz. Neutralität sorgt für Sicherheit, Frieden und Wohlstand in unserer Schweiz! Neutralität ist ein Instrument des Frie-

tungen gegenüber der Organisation der Vereinten Nationen (UNO) sowie Massnahmen zur Verhinderung der Umgehung von nichtmilitärischen Zwangsmassnahmen anderer Staaten.

– Abs. 4: Die Schweiz nutzt ihre immerwährende Neutralität für die Verhinderung und Lösung von Konflikten und steht als Vermittlerin zur Verfügung.

«Ein JA verhindert einen schleichenden EU- und NATO-Beitritt.»

dens. Sie ist ein Garant dafür, dass die Schweiz kaum angegriffen wird. Sie verhindert, dass die Schweiz an Kriegen teilnimmt oder Kriegsparteien unterstützt.

Damit weiterhin unsere Freiheit und die Selbstbestimmung bewahrt werden können, lancierte ein Komitee die «Neutralitätsinitiative», über welche wir am 27. September 2026 an der Urne abstimmen können. Diese Initiative verankert unsere bewährte Schweizer Neutralität in unserer Bundesverfassung.

**Initiativ-Text**

Die Schweizerische Bundesverfassung BV wird dafür mit einem neuen Artikel 54a ergänzt. Dieser enthält im Wortlaut Folgendes:

– Abs. 1: Die Schweiz ist neutral. Ihre Neutralität ist immerwährend und bewaffnet.

– Abs. 2: Die Schweiz tritt keinem Militär- oder Verteidigungsbündnis bei. Vorbehalten ist eine Zusammenarbeit mit solchen Bündnissen für den Fall eines direkten militärischen Angriffs auf die Schweiz oder für den Fall von Handlungen zur Vorbereitung eines solchen Angriffs.

– Abs. 3: Die Schweiz beteiligt sich nicht an militärischen Auseinandersetzungen zwischen Drittstaaten und trifft auch keine nichtmilitärischen Zwangsmassnahmen gegen kriegführende Staaten. Vorbehalten sind Verpflich-

Die Neutralität ist immerwährend, bewaffnet und integral. Immerwährend bedeutet, die Neutralität gilt nicht nur in Friedenszeiten, sondern dauerhaft und verbindlich. Bewaffnet bedeutet, dass eine glaubwürdige Neutralität eine eigene militärische Stärke beinhaltet. Integral heisst, dass die Schweiz Vermittlungen und gute Dienste gegenüber allen anbietet. Ein starkes JA zur Neutralitätsinitiative ermöglicht auch in Zukunft eine aktive Friedenspolitik, sie stärkt unsere bewährte humanitäre Tradition und sie verhindert einen schleichenden EU- und NATO-Beitritt.

Als eines der wenigen Länder auf der ganzen Welt können wir seit rund 200 Jahren in Sicherheit, Frieden und Freiheit leben. Wer auch in Zukunft keinen Krieg in unserem Land will, wer sich auch in Zukunft nicht an Schlachten in fremden Ländern beteiligen will und wer auch in Zukunft verfeindete Länder in unserem Land zu Friedensverhandlungen an einem Tisch haben will, der stimmt am 27. September 2026 JA zur Neutralitätsinitiative.



**Mauro Tuena**  
Nationalrat SVP  
Zürich

GOAL GLOSSAR

Mobilisierung

Mobilisierung

<lat.> mobilis – «beweglich», «biegsam»

Damit unsere Kunden den grösstmöglichen Erfolg erzielen, muss die definierte Zielgruppe mobilisiert, also dazu bewegt werden, im gewünschten Sinne abzustimmen oder zu wählen. Deshalb sind unsere Kampagnen so gestaltet, dass sie den Adressaten bewegen und nicht spurlos an ihm vorbeigehen.

Wir freuen uns auf Sie!  
Nicola Tinner, Geschäftsführer  
Alexander Segert, Geschäftsführer  
8450 Andelfingen/ZH, Tel. 043 499 24 00  
info@goal.ch, www.goal.ch



AG für Werbung und Public Relations  
Wir wollen Ihren Erfolg

NOCH HÖHERE LÖHNE?

Lehrpersonen verdienen schon heute bis zu CHF 163'000 pro Jahr

Am 27. September 2026

NEIN

zum Lehrpersonalgesetz

Regierungsrat und 102 Gemeinden sagen NEIN

FDP Die Liberalen



SCHWEIZER QUALITÄT  
SVP  
Die Partei des Mittelstandes





## Witz der allgemeinen Wehrpflicht

Es ist eines der dreistesten Scheinheiligkeitstheater des Schweizer Verwaltungsstaates. Da steht doch schwarz auf weiss in der Bundesverfassung, dem obersten Gesetzeswerk unseres Landes: «Jeder Schweizer ist verpflichtet, Militärdienst zu leisten.» Ein wunderschöner Satz. Er klingt nach Winkelried, Waffenstolz und Wehrhaftigkeit. Doch wer die Augen nicht verschliesst, erkennt das Desaster. Von einer allgemeinen Wehrpflicht kann im Ernst seit vielen Jahren keine Rede mehr sein. Nur zwei Drittel jedes Jahrgangs leisten überhaupt Dienst. Der grosse Rest? Entweder wegretuschiert durch medizinische Grosszügigkeit an den Pforten der Rekrutierung, in den zivilen Ersatzdienst abgewandert oder gleich komplett befreit durch die sanften Kissen des Pazifismus. Wir haben keine Volksarmee mehr, sondern eine Rest-Armee für gutmütige Idealisten. Noch pikanter wird die Posse beim geliebten Zweitpass. Die Verfassung kennt eigentlich keine verschiedenen Klassen von Bürgern. Doch unsere Berner Departements-Akrobaten haben in eifriger Unterwürfigkeit mit diversen Staaten Staatsverträge gezimmert. Wer den ausländischen Pass im Portemonnaie hat und dort – irgendwo zwischen Apennin und Anden – mal kurz Strammstehen geübt hat, ist in der naiven Eidgenossenschaft plötzlich fein raus. Da wird der Verfassungsartikel kurzweg per Staatsvertrag zur Makulatur. Der Doppelbürger wählt bequem das Erstland zum Vaterland, und die Schweiz schaut in die Röhre. Dank irgendwelcher Pässe-Deals, die das Recht beugen. Dabei dürfte grundsätzlich kein völkerrechtlicher Vertrag inhaltlich im Widerspruch zu einer Verfassungsbestimmung stehen. Der Skandal wird aber stillschweigend geduldet, weil er ja nur eine kleine Personengruppe betreffe. Einst schützte das Bürgerrecht das Volk. Heute schützt man den Doppelpassinhaber vor dem Ernst des Dienstes. Wenn das so weitergeht, verteidigen wir das Land bald nur noch mit diplomatischen Grussbotschaften und korrupten Staatsverträgen. Das Schweizer Militär verliert nie die Übersicht. Weil es diese gar nicht erst findet.

## MEDIENMITTEILUNG DER SVP SCHWEIZ VOM 25. AUGUST 2026

# Schluss mit Stau und Tempo-Diktat: SVP sagt dem Verkehrschaos den Kampf an

Aufgrund der masslosen Zuwanderung ist unsere Strasseninfrastruktur kurz vor dem Kollaps. Die Folgen: 68 000 Stautunden und Schäden in Milliardenhöhe für unsere Volkswirtschaft. Die SVP fordert eine Gesamtplanung von Strasse, Bahn und Agglomerationsverkehr – und eine klare Absage an linke Verkehrsexperimente, Verbote und Abgaben.

Wir stehen vor dem Verkehrskollaps: 68 000 Stautunden verzeichnete die Schweiz letztes Jahr – 22 Prozent mehr als im Vorjahr. Hauptgrund dafür ist die Bevölkerungsexplosion aufgrund der masslosen Zuwanderung durch Personenfreizügigkeit und Asyl. Von 2000 bis 2025 ist die Bevölkerung um knapp zwei Millionen oder 27 Prozent auf heute über neun Millionen gewachsen. Unsere Autobahnen sind für eine Bevölkerung von sechs Millionen ausgelegt.

Dass unsere Infrastruktur am Rande des Kollapses ist, trifft uns alle. Die Staus kosten die Volkswirtschaft und letztlich die Bevölkerung Milliarden – zumal über 70 Prozent der Gütertransporte auf der Strasse stattfinden. Sie verteuern Transporte und damit Lebensmittel und andere Waren des täglichen Gebrauchs sowie Dienstleistungen.

Entlastung ist dringend nötig – die Stimmbewölkerung hat allerdings die entsprechenden Projekte 2024 an der Urne abgelehnt. Dies war in erster Linie die Quittung für die verantwortungslose Politik der anderen Parteien und der Wirtschaftsverbände, die sich weigerten, die Masseneinwanderungs-Initiative umzusetzen.

### Vorfahrt für die Vernunft

Mit dem neuen Positionspapier «Vorfahrt für die Vernunft» fordert die SVP einen Kurswechsel. Strasse, Bahn und Agglomerationsverkehr müssen gemeinsam geplant und dem Volk als Gesamtpaket vorgelegt werden. Strasse und Schiene dürfen nicht länger gegeneinander ausgespielt werden.

Bundesgelder für Verkehrsprojekte in Städten sollen nur fliessen, wenn diese mit dem Ausbau von Nationalstrassen und Bahn abgestimmt sind. Einseitige Tram- und Veloförderung, Parkplatzabbau und Tempo-30-Schikane lehnt die SVP ab. Gewerbe, Pendler, Familien und die Landwirtschaft brauchen leistungsfähige Strassen.

- Die SVP fordert zudem:
- Abschaffung der 4-Prozent-Automobilimportsteuer
  - keine weiteren LSVA-Erhöhungen
  - 100 Prozent Zweckbindung der Strassenabgaben
  - keine neuen Lenkungsabgaben

– keine Elektrozwang-Politik und kein Tempo-30-Diktat

### Nein zur Abzockerei und zum EU-Diktat

Mobility Pricing und Road Pricing lehnt die SVP ab – dies leistet der staatlichen Totalüberwachung Vorschub. Eine künftige E-Ersatzabgabe muss anonym, verbrauchsbezogen und vollständig zweckgebunden sein.

Die SVP setzt auf Technologieoffenheit statt auf staatliche Vorgaben. Neben Elektroantrieben sollen insbesondere E-Fuels und Wasserstoff ihren Platz haben. Die Bürger und Unternehmen



Die Schweiz braucht eine Verkehrspolitik, die funktioniert – für Pendler, Familien, Wirtschaft und die Landwirtschaft. Bild: zvg

## MISSVERSTÄNDNISSE UM DIE NEUTRALITÄTSINITIATIVE

# Universelle Friedenspolitik oder kleinkarierte «Schneckenhausgesinnung»?

Je konsequenter die Schweiz neutral bleibt, desto weniger wird sie in internationale Konflikte hineingezogen und desto besser kann sie ihre Sicherheit organisieren und ihre Vermittlerrolle bewahren. Das ist das Ziel der Neutralitätsinitiative, zu der die Delegierten der SVP Schweiz einstimmig die JA-Parole beschlossen haben.



Reinhard Wegelin  
Alt Parteisekretär SVP  
Pfäffikon

Gegner der Initiative behaupten: In der heutigen Welt spielen neben klassischen Kriegen auch wirtschaftlicher Druck, Cyberangriffe und geopolitische Machtpolitik eine Rolle. Deshalb brauche die Schweiz Möglichkeiten zur Zusammenarbeit mit anderen Staaten.

### Ein Erfolgsrezept

Dieses Argument scheint am Anfang eines Missverständnisses zu stehen. Mit

der Zusammenarbeit mit Machtstaaten verringern wir unsere Gestaltungsmöglichkeiten. Dies zeigt deutlich die stetige Annäherung an die NATO, die der Schweiz auf internationalem Parkett gar nicht gut bekommt. Demgegenüber könnte eine konsequent neutrale Schweiz weiterhin zwischen Konfliktparteien vermitteln und ihre «Guten Dienste» anbieten.

Alt Bundesrat Christoph Blocher, aus dessen Feder die Neutralitätsinitiative kommt, will zurück zur traditionellen Neutralität. Die Schweiz müsse wieder eine strikte, dauerhafte und bewaffnete Neutralität verfolgen, statt sie je nach politischer Lage unterschiedlich auszulegen. So sagt Bundesrat Cassis etwa, die Schweizer Neutralität müsse neu

«flexibel» angewendet werden. Damit dies gerade nicht geschehen kann, wollen die Initianten die Neutralität klar in der Bundesverfassung festschreiben. «Die Neutralität ist das wichtigste ausenpolitische Instrument der Schweiz. Wer nur von Fall zu Fall neutral ist, ist nicht glaubwürdig», so Blocher.

### Neutralität ist Friedenspolitik

Der Historiker Wolfgang von Wartburg sagte in seinem Neutralitätsgutachten von 1992, es stelle sich «die Frage, ob die Schweiz nicht rechtzeitig auf internationalem Boden ihre eigene Auffassung der Neutralität als Grundlage einer zuverlässigen Unparteilichkeit und einer universellen Friedenspolitik energischer bekannt machen sollte».

«Ohne die Neutralität hätte die Schweiz die Wirren der Geschichte wohl nicht überlebt. Dennoch ist sie heute umstritten», sagt demgegenüber der Historiker und «Nebelspalter»-Verleger Markus Som. Neutralität sei wichtig – aber sie dürfe nicht starr werden. Som betont die historische Bedeutung der Schweizer Neutralität, stellt aber die Frage, ob eine «besonders rigide Auslegung» heute noch sinnvoll sei. Die Initiative mache aus einem bewährten Prinzip ein zu starres Verfassungsgebot. Heute könne die Schweiz ihre Neutralität an veränderte internationale Situationen anpassen, argumentiert Som.

### «Dauerhaft» muss nicht geändert werden

Vielleicht liegt genau hier der Denkfehler. Eine dauerhafte Neutralität ist immer dauerhaft und muss nicht geändert werden. Ausserdem ist Neutralität ein Akt von Staaten. Der einzelne Mensch

sollen entscheiden, welche Technologie sich durchsetzt – nicht der Staat.

Auch beim Verkehr gilt: Nein zum EU-Unterwerfungsvertrag. Damit wäre eine eigenständige Schweizer Verkehrspolitik nicht mehr möglich. Brüssel bestimmt, wir zahlen. Die SVP will keine Monsterlastwagen (60-Tonnen-Gigaliner) auf unseren Strassen und will, dass uns beim Zug-Taktfahrplan niemand dreinredet.

SVP-Fazit: Die Schweiz braucht eine Verkehrspolitik, die funktioniert – für Pendler, Familien, Wirtschaft und die Landwirtschaft.

Verbote, Abgaben und Umerziehung bringen die Schweiz nicht vorwärts. Eine leistungsfähige Infrastruktur, faire Finanzierung und freie Wahl der Technologie hingegen schon.

Vorfahrt für die Vernunft.

muss und darf vielleicht nicht neutral sein. Diese Unterscheidung haben viele Stimmbürger noch nicht begriffen. Das macht es so schwierig, über Neutralität zu diskutieren, ohne als Putinfreund verschrien zu werden. Ernst gemeinte Neutralität ist auch heute noch Gegenstand einer ernsthaften Suche nach dem Platz der Schweiz in einer Welt im Umbruch.

### Deutsche Einmischung

Der Deutsche Johann Wadephul versucht, «auch als einer der EU-Aussenminister» aufzutreten. In dieser Doppelrolle ist er vor kurzem in die Schweiz gereist, um seinen Schweizer Amtskollegen Ignazio Cassis zu treffen. Als Ehrengast an der Botschafter-Konferenz des Auswärtigen Amtes (EDA) hielt Wadephul eine Rede. Dabei mischte er sich in innenpolitische Belange der Schweiz ein, etwa in die anstehende Debatte über die neuen EU-Verträge sowie in die Abstimmung über die Neutralitätsinitiative. Immer wieder wird dabei die Schweiz als quasi «Trittbrettfahrerin» diffamiert. Wadephul ist der glühendste deutsche Vertreter eines Kriegs mit Russland.

### Ständige Kungelei mit den Globalisten

Während die SVP ihre klare Sprache zur Schweizer Neutralität durchzieht, sind die Gegner sehr heterogen. Stark globalistisch eingestellte Menschen wollen keinen «Schweizer Weg» mehr. Dann ist es die klassische linksgrüne Seite, die sich offenbar auch den globalistischen Mächten unterwerfen will. Und dann gibt es diejenigen, die lieber Krieg als Frieden haben wollen. Für sie gibt es «gerechte» Kriege, denen man alles opfern muss. Frieden ist für diese Leute offensichtlich kein Thema. Aber damit kann ein Weltkrieg ausgelöst werden. Auch für die dann nicht mehr neutrale Schweiz.



Das deutsche Auswärtige Amt und dessen Amtsvorsteher haben sich nicht in innenpolitische Angelegenheiten einzumischen. Bild: Adobe Stock



AUS DEM KANTONS RAT

Fertig Sommerpause: Arbeit im Rat

Montag der Vernunft und der alltäglichen Ratsarbeit: Kantonsrat erteilt linken Regulierungsexperimenten eine Absage und arbeitet fleissig Finanzgeschäfte von der Traktandenliste ab.



Barbara Grüter  
Kantonsrätin SVP  
Rorbas

Der Zürcher Kantonsrat hat in seiner Sitzung vom 24. August 2026 reinen Tisch gemacht und linke Bürokratievorstösse reihenweise abgeschieden und somit beerdigt. Noch mehr schädliche Eingriffe ins Steuergesetz und praxisferne Personalexperimente braucht der Kanton Zürich nun wirklich nicht mehr. Davon hat er wohl schon genug.

Linksgrüne Ideologieprojekte

Das Postulat von GLP, SP und Grünen betreffend «Diversität beim Staatspersonal, Chancengerechtigkeit durch anonymisierte Bewerbungsverfahren» beim Staatspersonal wurde ohne Gegenantrag abgeschrieben. Der Regierungsrat legte überzeugend dar, dass er für eine diskriminierungsfreie Personalpolitik steht.

Die geforderte Bürokratie ist vom Tisch, der Kanton betreibt bereits eine faire Personalpolitik.

Ebenso scheiterte der Versuch von SP, Grünen und GLP mit fraglicher Unterstützung der FDP, über eine «Ausleageordnung» Jagd auf legitime Steuerabzüge der Zürcher Bürger zu machen. Es braucht nun tatsächlich nicht noch eine tiefgründige Analyse zu berechtigten Steuerabzügen. Und nebenbei erwähnt: Es ist ja naheliegend, dass 38% der Steuerzahler, die 80% des Steuersubstrats liefern, auch die meisten Steuerabzüge ausweisen.

Regierungsrat Ernst Stocker erläuterte zusätzlich, dass mit der geplanten Individualbesteuerung (bis 2032), die ein komplett neues System und folglich eine neue Regelung mit sich bringen wird, die einfachen Lösungen eher komplexer werden. Der Vorstoss wurde ohne Gegenantrag als erledigt abgeschrieben.

Weiter erlitt die unsoziale Forderung der ehemaligen GLP-Ratskollegin Sonja Gehring nach Abschaffung des Unternehmungsabzugs Schiffbruch. Der Rat lehnte

diesen Angriff auf Wohneigentümer im Rentenalter mit einer überwältigenden Mehrheit von 170 zu 1 Stimmen ab. Auch dieses Geschäft ist somit vom Tisch.

Bürgerliche Handschriften kommen auch zum Zug

Das FDP-Postulat zu steuerlichen Anreizen für Unternehmen bei der Kinderbetreuung wurde als erledigt abgeschrieben, nachdem der Regierungsrat klar aufgezeigt hatte, dass diese Kosten ohnehin bereits voll abzugsfähig sind und weitere Sonderabzüge rechtlich gar nicht zulässig wären.

Die bürgerliche Handschrift zeigte sich auch bei folgenden Finanzgeschäften, die ohne Gegenantrag als erledigt abgeschrieben wurden:

Schutz der SNB-Millionen: Das Postulat von SVP, FDP und Mitte zur Schaffung einer finanzpolitischen Reserve wurde erfolgreich abgeschlossen. Damit wird sichergestellt, dass unvorhersehbare Sondergewinne – wie die Ausschüttungen der Schweizerischen Nationalbank (SNB) – künftig zweckgebunden reserviert werden und nicht einfach im ordentlichen Staatsbudget versickern.

Auch das Postulat «Kantonale Empfehlung zum Teuerungsausgleich» von SVP, FDP und Mitte wurde ohne Gegenantrag erledigt. Es betrifft das Staatspersonal. Künftig muss bei der Festsetzung des Teuerungsausgleichs in der Personalverordnung auch die negative Teuerung der Vorjahre fair berücksichtigt werden.

Zwei SVP-eigene parlamentarische Initiativen von Tobias Weidmann (Kreditübertragungen) und Marc Bochsler (Härtefalleinschlag beim Eigenmietwert) wurden vom Rat zwar formell abgelehnt, das eigentliche Ziel der Entlastung stand hierbei jedoch im Vordergrund. Da der Regierungsrat die Transparenz bei Krediten bereits erhöht hat und auf Bundesebene die komplette Abschaffung des Eigenmietwerts ansteht, waren weitere kantonale Sondergesetze schlicht nicht mehr nötig.

KOMMENTAR ZUR RATSSITZUNG

Das Millionengrab der Jacqueline Fehr



Tobias Weidmann  
Fraktionspräsident SVP  
Hettlingen

«Es ist vorderhand alles auf Kurs», versicherte Justizdirektorin Jacqueline Fehr dem Kantonsrat am 8. Dezember 2020. Der Rat glaubte ihr nicht und strich mit 104 zu 50 Stimmen die gesamten für 2021 budgetierten 1,6 Millionen Franken für die Justizsoftware «Juris X».

Die Geschäftsprüfungskommission hatte einen Marschhalt verlangt, und zwar aus gutem Grund: Ausgeschrieben war ein Standardprodukt. Geliefert werden sollte plötzlich eine völlig neue Anwendung – von der Firma Abraxas, an der der Kanton selber beteiligt ist, die in einer Führungskrise steckte und die nötigen Fachleute nicht mehr hatte. Das Risiko sei «eminent hoch», warnte die Kommission.

Die Justizdirektorin setzte sich über den Budgetbeschluss hinweg. Das Projekt lief weiter, finanziert über Kreditübertragungen. Im März 2022 erklärte Fehr im Rat, das Projekt könne man «auf Grün» setzen, es sei «dank der Kreditübertragungen lückenlos» weitergeführt worden. Solche Übertragungen seien ein wichtiges Instrument, um «überstürzte politische Entschei-

de abzumildern». Der Entscheid des Parlaments als Betriebsunfall. Genau dagegen richtete sich unsere Initiative, die der Rat am Montag abgelehnt hat.

Ende 2023 war Schluss. Abraxas stieg aus dem Justizgeschäft aus, «Juris X» war tot, ohne je in Betrieb gegangen zu sein. Auftragsvolumen 14,8 Millionen Franken, fünf Jahre Verzug. 2024 vergab der Regierungsrat den Ersatz freihändig für 32,7 Millionen – an jene Anbieterin, die 2018 unterlegen war. Gearbeitet wird bis heute mit einem System aus dem Jahr 2000.

Der Prüfbericht weist gut zwei Millionen Franken an Projektkosten aus, dazu Folgekosten für den jahrelangen Weiterbetrieb des Altsystems. Und als die Aufsichtskommission nachhakte, kanzelte Fehr sie im Rat als Besserwisser ab.

Und die nächste Justiz-Grossbaustelle läuft bereits: Für die neue Geschäftswartung der Gerichte und Staatsanwaltschaften, «Helium», sind 117 Millionen Franken bis 2038 budgetiert. Im Juli mussten wir 11,3 Millionen Nachtragskredit sprechen, weil vergessen worden war, die Tranche 2026 ins Budget zu stellen.

Die Aufsicht hat gewarnt, das Parlament hat entschieden. Die Regierungsrätin hat beides ignoriert und Millionen versenkt. Jeder andere Politiker wäre zurückgetreten. Jacqueline Fehr geht 2027, die Rechnung bleibt.



Millionen unnötig versenkt.

Bild: pixabay



Finanzvorstösse im Akkord: Der Zürcher Kantonsrat arbeitete einen Vorstoss nach dem anderen ab.

Bild: zVg

WORTE DES PARTEISEKRETÄRS

219 beziehungsweise 422 Tage bis zu den Wahlen 2027, ??? Tage bis zur EU-Abstimmung

Es dauert einerseits noch rund sieben Monate bzw. mehr als ein Jahr, bis wir die Ergebnisse der Wahlen 2027 wissen, aber schon jetzt können die ersten wichtigen Weichen für die Erfolge gestellt werden.

Nicht ausruhen auf positiven Tendenzen

Über die Abstimmung zur Nachhaltigkeits-Initiative vom 14. Juni wurde bereits viel geschrieben. Festzuhalten gilt, dass wir die Stimmbevölkerung mehr als deutlich über unserem Wähleranteil gewinnen konnten, dies notabene gegen alle Parteien und unzählige Institutionen, Verbände und NGOs. Gelingt ein solches Ergebnis nur annähernd für die bevorstehenden Kantonsrats- und Nationalratswahlen, können wir uns auch am 5. April bzw. 25. Oktober jeweils am Montag nach dem Wahlsonntag als Gewinner feiern lassen.

Aber dafür braucht es Kandidatinnen und Kandidaten, die unermüdlich die Politik der SVP propagieren, und Sektionen und Parteimitglieder, die sich tatkräftig auch im Umfeld für die einzig richtige Politik der SVP des Kantons Zürich einsetzen.

Schon bald sind auch unsere bisherige Regierungsrätin Natalie Rickli und unser Regierungsratskandidat NR Martin Hübscher landauf, landab unter-

wegs, um für sich, aber auch für unsere Partei bestmögliche Werbung zu machen. Nutzen Sie die Gelegenheit, diesen Anlässen beizuwohnen, und nehmen Sie auch an den Veranstaltungen, Anlässen und Standaktionen der Kantonsratskandidaten teil; oder besser unterstützen Sie diese Aktionen mit finanzieller oder persönlicher Mithilfe. Politdiskussionen, Sektionsveranstaltungen und weitere Veranstaltungen finden Sie – wie immer – aufgeführt in unserem «Zürcher Bote» oder auch jederzeit online auf unserer Kantonalhomepage.

Die Wahlen im Frühjahr 2027 im Kanton Zürich sind ein echter Stimmungstest

Die Erfolge in jüngster Vergangenheit in anderen Kantonen, wie Graubünden und Glarus mit erdrutschartigen Zugewinnen von Mandaten und Wähleranteil, bergen das Risiko, dass wir in Versuchung geraten können, dass es auch ohne Engagement funktionieren wird; dem ist und wird nicht so sein. Ohne die frühzeitige Mitwirkung und Mithilfe werden wir den Stimmungstest, der im April 2027 nationale Ausstrahlung haben wird, nicht positiv gestalten können. Die Zürcher SVP will sich nahtlos an diese Erfolgsmeldungen anschliessen und ebenfalls mit klaren Zugewinnen die nationalen Wah-

len im Herbst 2027 einläuten können. Anfang Oktober 2026 wird mit den Wahlen in unserem Nachbarkanton Zug mit Spannung ein weiteres Ergebnis erwartet.

Nicht nur Wahlen bestimmen unsere Arbeit

Aber über allem und begleitend zu den Wahlen, die unser Tun in den nächsten Monaten bestimmen, stehen natürlich die Arbeiten gegen den unsäglichen EU-Unterwerfungsvertrag an. Noch ist unklar, wann es hier zum Showdown kommen wird, aber mit den Lehren aus der Abstimmung zur Nachhaltigkeits-Initiative sind wir gemeinsam gerüstet, auch diesen Kampf aufzunehmen. Ganz im Sinne: Wir alleine für unser Land, für unsere Heimat, für unsere Schweiz und natürlich auch für unseren schönen Kanton Zürich. Schon jetzt herzlichen Dank für all die Unterstützung in der Vergangenheit, in der Gegenwart und auch in der Zukunft.



von  
Marco Calzimiglia

KURZ ERKLÄRT

Was ist ein Postulat?

Das Postulat ist ein parlamentarischer Vorstoss, also eines der Instrumente, die den Parlamentarierinnen und Parlamentariern in ihrem politischen Alltag zur Verfügung stehen.

Mit dem Postulat wird der Regierungsrat beauftragt, zu prüfen, ob eine Verfassungs- oder Gesetzesvorlage oder der Entwurf zu einem Kantonsratsbeschluss vorgelegt werden soll. Ausserdem kann mit einem Postulat dem Regierungsrat empfohlen werden, in seinem Kompetenzbereich einen Entscheid zu treffen und darüber Bericht zu erstatten. Das Postulat ist ein «Auffangvorstoss», weil damit alle Anliegen eingebracht werden können, für die eine zulässige und geeignete Vorstossart fehlt.

Der Regierungsrat teilt dem Kantonsrat innert drei Monaten nach der Einreichung des Postulats die Bereitschaft zu dessen Entgegennahme mit oder stellt mit schriftlicher Begründung Antrag auf Ablehnung. Überweist der Kan-

tonsrat das Postulat, erstattet der Regierungsrat innert zwei Jahren nach der Überweisung Bericht über das Ergebnis seiner Prüfung. Die zuständige Kommission berät diesen Bericht und stellt dem Kantonsrat Antrag. Der Kantonsrat kann das Postulat als erledigt abschreiben oder vom Regierungsrat einen Ergänzungsbericht verlangen, sofern dieser in seinem Bericht auf wesentliche Aspekte des Postulats nicht eingegangen ist. Bei der Abschreibung des Postulats kann der Kantonsrat eine abweichende Stellungnahme abgeben, falls er seine Position von derjenigen des Regierungsrats klar abgrenzen möchte.

Quelle: Aus dem Lexikon des Zürcher Kantonsrats





REFORMIERTE VOLKSABSTIMMUNG AM 27. SEPTEMBER 2026

# Nein zu Zwang und Zentralisierung in der Reformierten Kirche

Braucht die Reformierte Landeskirche ein eigenes Netto-Null-Ziel 2035? Ist Klimaschutz wichtiger als der Auftrag, den Menschen mit dem Evangelium zu dienen? Sollen die Kirchgemeinden im Kanton zur Zertifizierung mit einem Umweltlabel gezwungen werden? Nein! Am 27. September können Sie die Kirche vor schädlichen Zwangsmassnahmen bewahren.

Viele Kirchgemeinden haben längst Massnahmen ergriffen, um die CO<sub>2</sub>-Emissionen zu senken und Energie zu sparen. Doch 2023 reichten klimabewegte Kirchenbürger die sogenannte Schöpfungsinitiative ein.

Der Kirchenrat erstellte einen Gegenvorschlag, der am 27. Januar 2026 von der Synode nach emotionaler Debatte knapp angenommen wurde. Mitglieder der Synode ergriffen sofort das Referendum; daher kommt die Vorlage am 27. September vors reformierte Stimmvolk.

**Überrissen, unrealistisch, masslos**

Völlig unerwartet suchte der Kirchenrat mit dem Gegenvorschlag nicht den Kompromiss, sondern stützte weitgehend die Initiative. Ein fragwürdiges Manöver: Mit einer Initiative müsste man obligatorisch vors Stimmvolk, mit einem vom Parlament gebilligten Gegenvorschlag hoffte man, eine Volksabstimmung zu umgehen!

Die Hauptpunkte des nun vorgelegten Gegenvorschlags:

- Die landeskirchliche Zentrale schantzt sich weitreichende Kompetenzen zu: Die Gemeinden müssen Vorgaben für Verwaltung und Erneuerung ihrer Gebäude hinnehmen.
- Alle Kirchgemeinden müssen sich mit dem Umweltlabel «Grüner Güggel» zertifizieren.
- Bis 2035 müssen die Kirchgemeinden mit ihren Kirchen und Kirchgemeindehäusern netto null Emissionen erreichen.
- Die Kirche verzichtet auf die Verwendung fossiler Treibstoffe.

Fazit: Die Klima-Thematik erhält in der Kirchenordnung den gleichen Rang wie der Auftrag zur Verkündigung des Evangeliums!

**Aktionismus statt Vernunft**

Es steht unserer Kirche schlecht an, sich vom Sog dieser Weltuntergangs-Fixierten mitreissen zu lassen. Die Abhängigkeit von fossiler Energie zu reduzieren, ist zweifellos vernünftig (im Blick auf die geopolitischen Turbulenzen). Diese Vorlage schiesst allerdings

weit übers Ziel hinaus. Sie verletzt die Gemeindeautonomie der Kirchgemeinden. Sie überfrachtet sie mit Administration, wo doch die Kirchenpflegen für ihren Kernauftrag zu entlasten wären.

Die Ablehnung der Vorlage richtet sich nicht gegen den Umweltschutz an sich. Jede Gemeinde darf aus freien Stücken die Zertifizierung mit dem Umweltlabel beschliessen.

**Zwang gehört nicht zur Kirche!**

Unsere Reformierte Kirche ist eine Glaubensgemeinschaft aus freier Überzeugung. Eine Zwängerei in diesem Ausmass ist ihr fremd. Einige Gemeinden sind des Papierkrams überdrüssig, den ihre anfängliche Bejahung des «Grünen Güggels» nach sich zieht. Ein Chordirigent an der Goldküste klagte, dass wegen des begrenzten Strombudgets bei schwachem Licht geprobt werden musste!

**Historischen Gebäuden Sorge tragen**

Ein eigenes Netto-Null-Ziel passt nicht zur Zürcher Landeskirche. Wir sind Kirche im Staat, nicht Staat im Staat (sonst könnte man ja ebenso gut ein

«kirchliches Tempolimit» auf Autobahnen einführen!). Die Zürcher Stimmbürger haben das Netto-Null-Ziel 2040 deutlich verworfen; damit gilt der gesetzliche Rahmen von Bund und Kanton (Klimaneutralität 2050).

Die Kirchgemeinden stehen mit ihren historischen Gebäuden vor komplexen Herausforderungen. Wohlhabende Gemeinden können fossile Heizungen vorzeitig ersetzen, die finanzschwachen (und es werden immer mehr) können dies nicht ohne Weiteres.

Die Kirchgemeinden sind seit Langem daran, ihre Abhängigkeit von fossiler Energie zu verringern. Dieser Prozess muss in lokaler Verantwortung bleiben. Die Eigenständigkeit der Kirchgemeinden zu schwächen, ist verfehlt. Das kirchliche Leben findet in den Kirchgemeinden statt und nicht in der landeskirchlichen Zentrale in Zürich.

Darum: NEIN am 27. September! Website des NEIN-Komitees mit den Daten von Podiumsveranstaltungen: [www.güggelzwang-nein.ch](http://www.güggelzwang-nein.ch)

Pfarrer Willi Honegger, Bauma



Am 27. September können Sie die Kirche vor schädlichen Zwangsmassnahmen bewahren. Bild: zVg

SVP ZOLLIKON

# Glace und gute Gespräche bei viel Sonnenschein

In Zollikon haben die drei schönsten Tage des Jahres nichts mit der Fasnacht zu tun. Es sind die drei Tage, an denen die SVP an der Chilbi ihren beliebten Glacestand betreibt.

Bei strahlendem Sommerwetter und grosser Hitze herrschte auch dieses Jahr von Anfang an reger Betrieb. Zahlreiche Besucher machten Halt, gönnten sich eine Erfrischung und nutzten die Gelegenheit für einen Schwatz. Entsprechend fleissig musste hinter dem Tresen gearbeitet werden: Glace um Glace ging über die Theke – und bei diesen Temperaturen musste niemand lange von einer zweiten Kugel über-

zeugt werden. Das Glace kam wie jedes Jahr direkt vom Schlattgut unseres Präsidenten Domenik Ledergerber.

Doch der traditionelle SVP-Glacestand lebt nicht nur von der süssen Abkühlung. Ebenso wichtig sind die vielen unkomplizierten Begegnungen. Jung und Alt kam vorbei, bekannte Gesichter trafen sich wieder und manche Diskussionen entstanden ganz spontan. Gerade diese direkte und ungezwungene

ne Art des Austauschs macht unseren Glacestand jedes Jahr zu einem besonderen Highlight.

Auch an politischer Prominenz fehlte es nicht. Verschiedene Vertreter aus Gemeinde, Kanton und Bundesbern packten selber mit an und standen für Gespräche zur Verfügung. Mit dabei waren unter anderem die Nationalräte Gregor Rutz, Mauro Tuena, Bruno Walliser und Nina Fehr Düsel. Besonders gefreut hat uns auch der Besuch von Regierungsrätin Natalie Rickli, die sich Zeit für die Gäste nahm und selbstverständlich ebenfalls das eine oder andere Glace genoss.

So zeigte sich einmal mehr, dass die Politik der SVP nicht nur in klimatisierten Sitzungszimmern funktioniert, sondern auch im direkten Austausch mit den Bürgern besteht.

Der Glacestand war einmal mehr ein voller Erfolg – sonnig, gesellig und mit vielen leeren Glacebechern als schönstem Beweis.

Wir freuen uns bereits auf das nächste Jahr!

Régis Ecklin, Vizepräsident SVP Zollikon



V.l.n.r.: KR Tumasch Mischol, NR Mauro Tuena, RR Natalie Rickli, KR-Kandidatin Sibylle Lehner und NR Gregor Rutz. Bild: zVg

SVP ZUMIKON

# Der Grillplausch der SVP Zumikon war wieder ein voller Erfolg

Bereits zum 11. Mal organisierte die SVP Zumikon den mittlerweile traditionellen Grillplausch nach den Sommerferien.

Auch dieses Jahr folgten wieder über 70 Besucher der Einladung. Zumiker Parteipräsident Gérard Olivary und Gemeinderat André Hartmann begrüsst die Anwesenden in der seit diesem Jahr wieder steuergünstigsten Gemeinde des Kantons.

Nationalrat Benjamin Fischer informierte über die wichtigsten Geschäfte in Bern. Zum Vertragspaket mit der EU erläuterte er gekonnt die drohenden Nachteile der dynamischen Rechtsübernahme, fremder Richter und drohender Sanktionen sowie unkontrollierter weiterer Zuwanderung oder der Schwächung der demokratischen Mitspracherechte.

Bezirkspräsident Marc Wachter verdankte dem Referenten und wies bereits auf die bevorstehenden Kantonsratswahlen vom 4. April 2027 hin. Die Bezirkspartei hatte vergangene Woche ihre Kandidaten nominiert und startet bereits in den Wahlkampf mit dem Ziel, einen vierten Sitz zu gewinnen. Anschliessend wurden die Gäste bewirtet, wobei aufgrund des anhaltenden Feuerverbots auf einen leichten Wurst-Käse-Salat umgestellt werden musste.

André Hartmann, Gemeinderat/Finanzvorsteher, Zumikon



V.l.n.r.: KR Tumasch Mischol, GR André Hartmann, NR Benjamin Fischer, Bezirkspräsident Marc Wachter, Sektionspräsident Gérard Olivary. Bild: zVg

DIE SVP SEKTION SEEN BEGRÜSST SIE AN DER

# Seemer Dorfel

**Wann sind wir da?**  
Freitag, 4. bis Sonntag, 6. September

**Wo finden Sie uns?**  
Stand 190 - Ecke Seener-/Werdstrasse in Winterthur

**Das erwartet Sie:**  
Bullriding, Hotdogs, Bier und ein paar gesellige Stunden mit vielen netten Leuten

**WIR FREUEN UNS AUF SIE**

Für eusi Lüüt

SVP Sektion Seen

Treffen Sie

Martin Hübscher

Tobias Weidmann

René Isler

Thomas Wolf

Christian Hartmann

**TOLLE PREISE**

BULLRIDING

# 51. SCHWAMENDINGER CHILBI

DER TRADITIONELLE QUARTIERANLASS

**Freitag 4. bis Sonntag 6. September 2026**

## SVP STAND NR. 35: HIER IST WAS LOS!

**Beste SVP-Chässchnitten**

**Feiner Kartoffelsalat mit Wienerli und Hot Dogs**

**Erfrischende Getränke**

**Live-Musik mit dem Trio «Ursi & Rolf & Rolli»**

**Persönliches Kennenlernen von SVP-Mandatsträgern**

**Geselliges Beisammensein im SVP-Zelt**

**Öffnungszeiten SVP-Stand:**

Freitag, 4. September: 18.00–24.00 Uhr

Samstag, 5. September: 11.00–02.00 Uhr

Sonntag, 6. September: 11.00–18.00 Uhr

**SCHWEIZER QUALITÄT**

**SVP**

Zürich-Schwamendingen

**KOMM VORBEI – DIE SVP 12 FREUT SICH AUF DICH!**



PERSÖNLICHE FREIHEIT

Nicht alles muss politisch sein

Was wir essen, wie wir sprechen, womit wir reisen und wie wir unseren Alltag gestalten, wird zunehmend politisch bewertet. Dabei gerät etwas Wesentliches aus dem Blick: Eine freie Gesellschaft braucht einen privaten Raum, in dem nicht jede Entscheidung zum öffentlichen Bekenntnis wird.



**Sean Burgess**  
Kommunikation & Redaktor  
Der Zürcher Bote  
SVP Kanton Zürich

Wer heute einkauft, entscheidet angeblich längst nicht mehr nur, was ihm schmeckt oder was er benötigt. Der Inhalt des Einkaufskorbs soll zugleich Auskunft über die politische Haltung geben. Fleisch oder Fleischersatz, einheimische oder importierte Lebensmittel, Markenprodukt oder günstige Alternative: Fast jeder Kauf lässt sich inzwischen mit einer moralischen Bedeutung versehen.

Ähnlich verhält es sich bei der Mobilität. Das Auto, die Flugreise oder selbst die Wahl des Ferienziels werden schnell zum Ausdruck einer politischen Haltung erklärt. Auch Sprache dient nicht mehr allein der Verständigung, sondern soll immer häufiger die richtige Gesinnung erkennen lassen. Persönliche Entscheidungen werden dadurch zu öffentlichen Bekenntnissen.

Natürlich haben solche Entscheidungen Auswirkungen. Konsum beeinflusst die Wirtschaft, Mobilität beansprucht Infrastruktur und Sprache prägt das Zusammenleben. Deshalb braucht es politische Rahmenbedingungen – etwa für Produktsicherheit, Deklaration, Verkehrsfinanzierung oder den Schutz der Rechte anderer. Daraus folgt jedoch nicht, dass jede einzelne Alltagshandlung moralisch bewertet werden muss.

Der Einkauf ist kein Gesinnungstest

Ich möchte ein Produkt kaufen können, weil es mir schmeckt, weil es seinen Preis wert ist oder weil ich damit gute Erfahrungen gemacht habe. Nicht jeder Griff ins Verkaufsregal ist eine Abstimmung über die Zukunft unseres Landes. Ebenso wenig muss eine Mahlzeit zur persönlichen Erklärung über Landwirtschaft, Klima und globale Gerechtigkeit werden.

Dennoch entsteht zunehmend der Eindruck, man müsse seine Entscheidungen begründen. Wer Fleisch isst, soll erklären, weshalb. Wer darauf verzichtet, wird seinerseits rasch einer bestimmten politischen Haltung zugeordnet. Aus individuellen Vorlieben werden politische Etiketten – und aus alltäglichen Entscheidungen kleine Gesinnungstests. Eine offene Gesellschaft lebt jedoch davon, dass Menschen unterschiedliche Prioritäten setzen. Für den einen ist ein günstiger Preis entscheidend, für die andere die Herkunft eines Produkts. Manche verzichten bewusst, andere geniessen bewusst. Solange sie die geltenden Regeln und die Freiheit ihrer Mitmenschen achten, müssen sie sich dafür nicht rechtfertigen.

Das bedeutet nicht, dass persönliche Entscheidungen nicht kritisiert werden dürfen. Auch die öffentliche Auseinandersetzung gehört zur Freiheit. Problematisch wird es aber, wenn aus einer Meinung ein moralischer Anspruch entsteht und Andersdenkende nicht mehr nur als Menschen mit anderen Prioritäten, sondern als verantwortungslos oder rückständig gelten.

Wenn Sprache Haltung beweisen soll

Besonders sichtbar ist die Politisierung bei der Sprache. Wörter sollen längst nicht mehr nur einen Gedanken möglichst verständlich ausdrücken. Immer häufiger dienen sie auch dazu, die richtige Haltung zu belegen. Wer nicht jede sprachliche Neuerung übernimmt, sieht sich schnell dem Verdacht ausgesetzt, bestimmte Menschen absichtlich auszuschliessen.

Sprache verändert sich – das hat sie immer getan. Dauerhaft verändern lässt sie sich jedoch kaum durch Leitfäden und moralischen Druck. Menschen sol-

len selbstverständlich respektvoll miteinander umgehen. Respekt zeigt sich aber nicht allein in bestimmten Formulierungen, sondern vor allem daran, wie wir einander im Alltag behandeln.

Gerade staatliche Stellen sollten klar und verständlich kommunizieren. Selbstverständlich müssen sie niemanden herabsetzen oder ausschliessen. Ihre Aufgabe besteht aber auch nicht darin, jede gesellschaftliche Debatte sprachlich vorwegzunehmen. Wo amtliche Sprache komplizierter wird, um eine politische Haltung zu demonstrieren, verliert sie ihren eigentlichen Zweck: von möglichst allen verstanden zu werden.

Keine staatlich verordnete Lebensführung

Die Politik muss Regeln festlegen, wo das Zusammenleben und der Schutz gemeinsamer Interessen es erfordern. Sie schützt Eigentum, Sicherheit und persönliche Rechte. Sie sorgt für verlässliche Rahmenbedingungen. Daraus erwächst jedoch kein allgemeiner Auftrag, den Menschen einen bestimmten Lebensstil vorzugeben.

Der Staat darf informieren und auf Risiken hinweisen. Er soll aber nicht darüber entscheiden, welche Ernährungsweise moralisch höher steht, welches Verkehrsmittel ein gutes Gewissen verdient oder welche Freizeitbeschäftigung als zeitgemäss gilt. Sobald die Politik nicht mehr nur Rahmenbedingungen setzt, sondern den «richtigen» Menschen formen will, wird aus Verantwortung Bevormundung.

Diese politische Steuerung erfolgt selten durch offene Verbote. Häufiger geschieht sie über Abgaben, Subventionen, Kampagnen und Vorschriften. Bestimmte Entscheidungen werden gefördert, andere verteuert oder gesellschaftlich abgewertet. Jede einzelne Massnahme mag begründbar erscheinen. In ihrer Summe können sie den privaten Handlungsspielraum dennoch immer weiter verkleinern.

Unterschiedlichkeit aushalten

Eine freie Gesellschaft verlangt nicht, dass alle gleich leben. Sie verlangt, dass



**Nicht jeder Einkauf ist ein politisches Bekenntnis.**  
Bild: zVg

wir Unterschiede aushalten. Der Nachbar darf andere Prioritäten setzen, anders sprechen, anders essen und seine Freizeit anders verbringen. Toleranz bedeutet nicht, nur jene Lebensweisen zu akzeptieren, die den eigenen Überzeugungen entsprechen.

Jeder darf für seine Haltung werben. Wer vom vegetarischen Essen überzeugt ist, kann andere dafür begeistern. Wer bewusst regionale Produkte kauft, darf deren Vorteile erklären. Wer eine bestimmte Ausdrucksweise bevorzugt, soll sie verwenden. Problematisch wird es erst, wenn aus der persönlichen Überzeugung eine allgemeine moralische Verpflichtung abgeleitet wird.

Wir sollten deshalb wieder häufiger eine persönliche Entscheidung als das betrachten, was sie ist: persönlich. Nicht hinter jedem Mittagessen steht ein politisches Programm. Nicht jede Autofahrt ist eine Provokation. Und nicht jede ungeschickte Formulierung offenbart eine verwerfliche Gesinnung.

Eine freiheitliche Gesellschaft erkennt man nicht daran, dass alle die vermeintlich richtigen Entscheidungen treffen. Man erkennt sie daran, dass Menschen unterschiedliche Entscheidungen treffen dürfen – ohne sich dafür ständig erklären zu müssen. Nicht alles muss politisch sein. Manches darf ganz einfach Privatsache bleiben.

BLOCHERS KLARTEXT

Neutralität in 300 Jahren

Mitten im Dreissigjährigen Krieg (1618–1648) erreichte die evangelischen Orte der Eidgenossenschaft ein Schreiben des schwedischen Gesandten. Diese sollten sich gefälligst der guten Sache anschliessen. Denn es sei «jetzo nicht mehr Zeit, sich mit der Neutralität zu behelfen».



**Christoph Blocher**  
Alt Bundesrat SVP  
Herrliberg

Angesicht der gemeinsamen Werte sei dies «vielmehr eine Faulheit und Verräterei als eine Klugheit und Fürsichtigkeit». Der König von Schweden beurteile die Neutralität als Feindschaft, die wiederum die seinige «erwecket und provoziert». Doch das mehrfache Drängen und Drohen zwischen 1629 und 1631 hatte keinen Erfolg.

Dabei betätigte sich Johann Jakob Breitinger als Vorsteher der Zürcher Kirche ungeniert als Propagandist der protestantisch-schwedischen Partei. Er sah in der Neutralität nichts als Schande: «Weil du lau bist und weder kalt noch warm, so will ich dich usspeien us minem mund.» Breitinger

wollte militärisch gegen die katholischen Zentralschweizer Orte vorgehen.

Die konfessionell geteilte Schweiz blieb zu ihrem Glück neutral – und damit vor fürchterlichem Mord und Brand verschont.

Fast dreihundert Jahre später, am 4. August 1914, überfielen deutsche Truppen das neutrale Belgien. Die Empörung war vor allem in der Westschweiz riesig. Frankreich verlangte vom Bundesrat gebieterisch, diesen moralisch verwerflichen Einfall in einen souveränen Kleinstaat zu verurteilen. Doch der Bundesrat blieb fest. Die Schweiz habe sich nicht «gegen die von der einen oder anderen Kriegspartei begangenen Völkerrechtswidrigkeiten» zu äussern. Denn dies würde «in Widerspruch mit der durch Verfassung, Geschichte und Tradition und durch den unbeugsamen Volkswillen der Landesregierung auferlegten Staatsmaxime der Beobachtung absoluter Neutralität geraten». Die Beispiele über die heilsame Neutralität wären fortzusetzen.

SVP BONSTETTEN

Podium mit Alt Bundesrat Dr. Christoph Blocher in Bonstetten

Am 1. September 2026 lädt die SVP Bonstetten erneut zu einem Podium ein. Die Veranstaltung beginnt um 19.30 Uhr im Gemeindesaal Bonstetten. Im Mittelpunkt des Abends steht die Neutralitätsinitiative. Dazu spricht Alt Bundesrat Dr. Christoph Blocher.

Ebenfalls Thema ist die kantonale Vorlage «Selbstbestimmung am Lebensende auch in Alters- und Pflegeheimen». Diese wird von Kantonsrätin Ursula Junker (SVP) vorgestellt und erläutert.

Mit dem Anlass greift die SVP zwei Themen auf, die über die Gemeinde hinaus politische Bedeutung haben. Während bei der Neutralitätsinitiative Fragen zur aussenpolitischen Ausrichtung der Schweiz im Zentrum stehen, be-

rührt die kantonale Vorlage ethische und gesellschaftspolitische Grundsatzenfragen. Das Podium dürfte damit nicht nur Parteianhängerinnen und Parteianhänger ansprechen, sondern auch weitere politisch Interessierte.

Bitte frühzeitig anreisen. Der Parkdienst wird durch die Feuerwehr organisiert.

SVP Bonstetten

SVP des Bezirks Hinwil an der ZOM (2. bis 6. September 2026) - kommen Sie vorbei und besuchen Sie uns

Mittwoch 2. September

|                                                                                                                                          |                                                                                                                                                         |                                                                                                                                          |                                                                                                                                               |
|------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| <br><b>Tobias Weidmann</b><br>Kantonsrat / 14 – 16.30 | <br><b>Romaine Rogenmoser</b><br>Kantonsratspräsidentin / 14 – 17.30 | <br><b>Marion Matter</b><br>Kantonsrätin / 14 – 17.30 | <br><b>Jacqueline Hofer</b><br>Kantonsrätin / 14 – 17.30 |
|------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|

Donnerstag 3. September

|                                                                                                                                              |                                                                                                                                                 |                                                                                                                                              |
|----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| <br><b>Thomas Matter</b><br>Nationalrat / 17 – 19         | <br><b>Nina Fehr Düsel</b><br>Nationalrätin / 15 – 17        | <br><b>Anita Borer</b><br>Kantonsrätin / 16 – 19        |
| <br><b>Tobias Infortuna</b><br>Kantonsrat / 17.30 – 21.30 | <br><b>Domenik Ledergerber</b><br>Kantonsrat / 17.30 – 21.30 | <br><b>René Schweizer</b><br>Kantonsrat / 17.30 – 21.30 |

Freitag 4. September

|                                                                                                                                          |                                                                                                                                                 |
|------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| <br><b>Paul von Euw</b><br>Kantonsrat / 17.30 – 21.30 | <br><b>Maria Rita Mary</b><br>a.Kantonsrätin / 17.30 – 21.30 |
|------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|

Samstag 5. September

|                                                                                                                                     |                                                                                                                                            |
|-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| <br><b>Daniel Wäfler</b><br>Kantonsrat / 12 – 17 | <br><b>René Schweizer</b><br>Kantonsrat / 16.30 – 21.30 |
|-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|



Sie finden uns in der **Halle 3** am **Stand 3.001**. Neben unseren Gästen sind auch Behördenvertretende sowie Kantonsratskandidierende aus der Region anwesend.





SVP Bonstetten

Einladung zum Podium Bonstetten im Gemeindesaal  
**Dienstag, 1. September 2026 (19.30 Uhr)**

«Selbstbestimmung am Lebensende auch in Alters- und Pflegeheimen»

Informationen zur kantonalen Vorlage von **Ursula Junker**, Kantonsrätin, SVP



Neutralitätsinitiative (Wahrung der schweizerischen Neutralität)

Pro: **Christoph Blocher**, Alt BR, SVP    Kontra: **Nicole Barandun**, NR, Mitte



Podium Bonstetten zur Volksabstimmung vom 27. September 2026. Besuchen Sie unsere öffentlichen Podiumsgespräche mit Berücksichtigung von Pro- und Kontra-Stimmen zu aktuellen Themen oder Abstimmungen. Wir freuen uns, viele Interessierte am 1. September begrüßen zu dürfen.

SVP Bonstetten

Termin eintragen





Fadegrad



von  
Anita Borer

Schweiz-Kritiker sollten (aus-)reisen

Die Sommerferien sind vorbei. Viele haben Sonne, Berge, Meer und gutes Essen genossen. Ferien tun gut und sie zeigen manchmal, was uns im Alltag nicht mehr auffällt. Wer im Ausland war, kennt solche Momente: Abfall am Strassenrand. Schlaglöcher. Ein Zug, der vielleicht kommt – oder auch nicht. Wasser, das man lieber nicht aus dem Hahn trinkt. Strände, an denen Plastikflaschen liegen bleiben. Oder Quartiere, in denen man abends schneller geht und die Handtasche fester hält. Dann kommt man nach Hause und merkt wieder, wie wertvoll vieles ist, worüber wir gedankenlos verfügen: sauberes Trinkwasser aus dem Hahn. Gepflegte Strassen. Zuverlässiger öffentlicher Verkehr. Funktionierende Entsorgung. Gepflegte Landschaften. Und Menschen, die Verantwortung übernehmen – im Verein, im Gewerbe, in der Gemeinde, bei der Feuerwehr, in der Politik. Die Schweiz ist nicht perfekt. Auch bei uns kann man sich über verspätete Züge, volle Strassen oder hohe Preise ärgern. Aber nach Ferien im Ausland merkt man schnell: Dieses Land funktioniert ausserordentlich gut. Das ist kein Zufall. Die Schweiz funktioniert, weil Generationen vor uns Werte gelebt haben, die heute von linken Politikern als veraltet dargestellt werden: Eigenverantwortung, Ordnungssinn, Fleiss, Respekt, direkte Demokratie, Unabhängigkeit, Neutralität und ein gesundes Misstrauen gegenüber zu viel Staat. Diese Werte sind das Fundament unseres Erfolgs. Darum stört mich, wenn manche so tun, als könne man die Schweiz beliebig umbauen, erweitern und belasten. Immer mehr Zuwanderung, immer mehr Vorschriften, immer mehr Anbindung an fremde Institutionen, immer mehr Staat – und dann die Überraschung, wenn Wohnraum knapp wird, Schulen unter Druck geraten, die Infrastruktur ächzt und die Sicherheit leidet. Wer aus den Ferien zurückkommt, sieht meist klarer: Lebensqualität ist nicht selbstverständlich. Sie muss geschützt werden. Freiheit braucht Ordnung. Sicherheit braucht Grenzen. Wohlstand braucht Leistung. Und Zusammenhalt braucht gemeinsame Werte. Die Schweiz kann nicht einfach konsumiert werden. Wir müssen sie pflegen, bewahren und verteidigen. Wer die Schweiz ständig schlechtredet und sich nicht einbringt, sollte daher öfter über die Grenze reisen. Vielleicht kommt er dankbarer zurück. Falls nicht, soll er sein Glück anderswo finden.

AUS DEM ZÜRCHER GEMEINDERAT

Zürcher Gemeinderat lehnt Werbeverbot für Flugreisen ab

Die Grünen der Stadt Zürich forderten den Zürcher Stadtrat auf, zu prüfen, wie Werbung für Flugreisen sowie für Angebote, die indirekt mit Flügen verbunden sind, auf Stadtgebiet verboten werden könnten. Begründet wurde der Vorstoss mit dem Netto-Null-Ziel der Stadt Zürich bis 2040.



Yves Peier  
Gemeinderat SVP  
Zürich

Flugreisen seien für rund ein Viertel der indirekten Emissionen der Zürcher Bevölkerung verantwortlich und verursachen jährlich rund 3,2 Tonnen CO<sub>2</sub>-Äquivalente pro Person. Zudem entfielen 84 Prozent der geflogenen Distanzen auf Freizeitreisen. Da die Stadt das Reiseverhalten der Bevölkerung nur begrenzt beeinflussen könne, sehen die Postulan-

ten ein Werbeverbot als mögliche Massnahme zur Senkung der Flugemissionen. Aus Sicht der SVP ist ein solches Verbot jedoch der falsche Weg. Es schränkt die persönliche und die wirtschaftliche Freiheit ein. Ein zentraler Kritikpunkt ist die Wirtschaftsfreiheit. Fluggesellschaften, Reisebüros, Flughäfen und die Werbebranche bieten legale Dienstleistungen an. Wenn diese nicht mehr oder nur eingeschränkt beworben werden dürfen, greift die Politik direkt in den Wettbewerb ein. Davon wären nicht nur die Fluggesellschaften betroffen, sondern auch lokale Reisebüros und andere Zürcher Unternehmen.



Eine weitere Verbots-Idee der Grünen, die die persönliche und wirtschaftliche Freiheit einschränken will.

Bild: zVg

AUS DEM ILLNAU-EFFRETIKER STADTPARLAMENT

Stadtparlament vor ersten Bewährungsproben

Mit dem Beginn der neuen Legislatur hat das Stadtparlament von Illnau-Effretikon seine Arbeit aufgenommen. Die veränderten Kräfteverhältnisse spiegeln sich dabei auch in den Kommissionen wider.



Mathias Ottiger  
Stadtparlamentarier  
Effretikon

Die SVP verfügt neu über zwölf der insgesamt 36 Sitze im Stadtparlament. In der Geschäftsprüfungskommission (GPK) und der Rechnungsprüfungskommission (RPK) stellt sie jeweils drei von neun Mitgliedern. Damit konnte die Partei ihren Sitzanteil auch in den beiden wichtigen Kontrollgremien eins zu eins abbilden.

Politisch ist diese Ausgangslage von Bedeutung: Zusammen mit FDP und Mitte kann die SVP in den Kommissionen eine bürgerliche Mehrheit bilden. Wie stark sich diese neue Konstellation auf die Sachpolitik auswirken wird, dürfte sich bereits bei den ersten grösseren Investitions- und Finanzvorlagen zeigen. Zwei Geschäfte auf der aktuellen Agenda bieten dafür reichlich Gelegenheit.

Eines davon beschäftigt derzeit die RPK: die Zukunft der Abwasserreinigungsanlage (ARA) Mannenberg. Konkret geht es um das Vor- und Bauprojekt für eine vierte Reinigungsstufe sowie um eine Zukunftsstudie, welche die Entwicklung der Anlage bis ins Jahr 2070 beleuchten soll. Der Stadtrat beantragt dafür einen Verpflichtungskredit von 955 000 Franken.

ARA Mannenberg: Ausbau statt Anschluss

Hinter dem Vorhaben steht eine ökologische Notwendigkeit. Die ARA Mannenberg muss wegen des empfindlichen Gewässers Kempt um eine vierte Reinigungsstufe ergänzt werden. Damit sollen sogenannte Mikroverunreinigungen, etwa Rückstände von Medikamenten und anderen Stoffen, besser aus dem Abwasser entfernt werden. Im kantonalen Ausbauplan hat die Anlage deshalb höchste Priorität.

Ursprünglich hatte die Stadt allerdings einen anderen Weg vorgesehen. Das Abwasser aus Illnau-Effretikon sollte künftig in der erneuerten und erweiterten ARA Hard in Winterthur behandelt werden. Dort ist bis 2039 ebenfalls der Einbau einer vierten Reinigungsstufe geplant. Eine aktualisierte Wirtschaftlichkeitsberechnung stellt diese Variante nun jedoch infrage. Aufgrund der gestiegenen Investitionskosten wäre ein Anschluss an die Winterthurer Anlage nicht mehr wirtschaftlich.

Vorerst soll deshalb die ARA Mannenberg selbst ausgebaut werden. Ein Teil des beantragten Kredits ist für die Planung der vierten Reinigungsstufe bis zum baureifen Projekt vorgesehen. Gleichzeitig soll eine Zukunftsstudie klären, wie die Anlage langfristig betrieben werden könnte. Der Planungshorizont reicht bis 2070.

Damit will sich die Stadt mehrere Optionen offenhalten. Die Studie soll einen späteren Anschluss an die ARA Hard und einen langfristigen Weiterbetrieb der eigenen Anlage auf einer vergleichbaren Kostengrundlage gegenüberstellen. Erst danach soll der definitive Entscheid über die künftige Abwasserstrategie fallen. Die nun beantragten 955 000 Franken sind damit nicht nur eine Investition in die notwendige Abwasserreinigung, sondern auch in die Entscheidungsgrundlage für die nächsten Jahrzehnte.

Rebbuck: Bauland gegen Wohnungen

Ein zweites Geschäft auf der Agenda betrifft die Entwicklung des Gebiets «Rebbuck» hinter dem Kirchhügel in Alt-Effretikon. Dort befindet sich eines der grösseren noch unbebauten Wohnbaupotenziale im Zentrum. Je nach Ausgestaltung könnten auf dem Areal rund 88 bis 110 Wohnungen entstehen. Ein erheblicher Teil des Bodens gehört der Stadt, der übrige Teil zwei privaten Grundeigentümern.

Der Stadtrat schlägt vor, rund 70 Prozent des städtischen Baulandes an

Problematisch ist zudem die Ungleichbehandlung verschiedener Branchen. Flugreisen verursachen CO<sub>2</sub>-Emissionen und belasten die Umwelt. Dasselbe gilt jedoch auch für Kreuzfahrten, den Autoverkehr, den Onlinehandel und zahlreiche weitere Konsumbereiche. Weshalb soll ausgerechnet Flugwerbung verboten werden? Ein solches selektives Verbot wirkt inkonsequent und ideologisch motiviert.

Werbung dient ausserdem nicht ausschliesslich dazu, zusätzlichen Konsum zu schaffen. Sie informiert Konsumentinnen und Konsumenten über Preise, Direktverbindungen und neue Angebote und ermöglicht es ihnen, verschiedene Möglichkeiten miteinander zu vergleichen. Ein Verbot würde somit auch den Zugang zu solchen Informationen einschränken.

Für die SVP steht insbesondere die Eigenverantwortung im Zentrum. Erwachsene Menschen sollen grundsätzlich selbst entscheiden können, wie sie leben, wohin sie reisen und wofür sie ihr Geld ausgeben. Solange Flugreisen legal sind, ist es widersprüchlich, die entsprechende Werbung aus dem öffentlichen Raum verbannen zu wollen. Die Menschen in Zürich brauchen keine staatlichen Sittenwächter, die ihnen vorschreiben, welche Werbung sie sehen dürfen oder welches Reiseverhalten politisch erwünscht ist.

Ein solches Werbeverbot ist eine Form von grüner Bevormundung. Der Staat versucht, das Verhalten der Bevölkerung durch Verbote in eine bestimmte Richtung zu lenken. Aus Sicht der SVP sollte nachhaltiges Verhalten jedoch aus persönlicher Überzeugung und Eigenverantwortung entstehen und nicht durch staatliche Erziehungsmassnahmen erzwungen werden. Klimapolitik darf nicht zu betreutem Denken werden.

Auch die gesellschaftliche Bedeutung des Reisens darf nicht vergessen werden. Günstigere Flugverbindungen haben internationalen Reisen für breite Bevölkerungsschichten zugänglich gemacht. Menschen können andere Länder und Kulturen kennenlernen, persönliche Beziehungen über Grenzen hinweg pflegen und neue Erfahrungen sammeln. Reisen trägt damit auch zu Bildung, persönlichem Austausch und internationaler Vernetzung bei.

Die Befürworter des Verbots argumentieren, dass Werbung den Konsum fördere und Zürich seinen ökologischen Fussabdruck reduzieren müsse. Ein lokales Werbeverbot löst das Klimaproblem jedoch nicht. Wer fliegen möchte, kann weiterhin ein Flugticket kaufen und sich problemlos online über Angebote informieren. Gleichzeitig würden Zürcher Unternehmen und die lokale Werbewirtschaft eingeschränkt, ohne dass damit eine wesentliche Reduktion der Flugemissionen garantiert wäre.

Der Zürcher Gemeinderat hat den Vorstoss schliesslich mit 61 Nein- gegen 57 Ja-Stimmen abgelehnt.

Landwerte, Mieten oder andere Mechanismen wieder aufgefangen werden.

Bürgerliche Mehrheit unter Beobachtung

Gerade an diesem Geschäft könnte sich zeigen, wie die neue bürgerliche Mehrheit mit der Wohnpolitik der Stadt umgeht. Einerseits bietet das Projekt die Chance, mitten in Alt-Effretikon zusätzlichen Wohnraum zu schaffen und gleichzeitig städtisches Grundeigentum langfristig zu sichern. Andererseits stellt sich die grundsätzliche Frage, wie weit die Stadt mit politischen und sozialen Vorgaben in einen privaten Entwicklungsprozess eingreifen soll.

Mit der ARA Mannenberg und dem Rebbuck stehen damit bereits zu Beginn der neuen Legislatur zwei Geschäfte auf der Agenda, die über den unmittelbaren Entscheid hinausweisen. Beim Abwasser geht es um eine Strategie für die nächsten Jahrzehnte, beim Rebbuck um den Umgang mit städtischem Bauland und die Frage, welche wohnpolitischen Ziele damit verfolgt werden sollen.

Für das neu zusammengesetzte Stadtparlament sind es damit zugleich erste politische Bewährungsproben. Die SVP verfügt über deutlich mehr Gewicht als bisher und kann zusammen mit FDP und Mitte eine bürgerliche Mehrheit bilden. Nun wird sich zeigen, ob diese neue Konstellation auch bei konkreten Sachgeschäften zu einer gemeinsamen Linie findet – und wie stark sie die Ausrichtung der Stadtpolitik in der neuen Legislatur prägen wird.



Die Entwicklung des Gebiets Rebbuck wirft Fragen auf; v.a. wird zu klären sein, wie «preisgünstiger Wohnraum» definiert wird und wer davon profitiert. Bild: zVg



SVP EGG / MITGLIEDERVERSAMMLUNG

## Politik trifft auf Technik und Geselligkeit

Bei schönstem Sommerwetter führte Kantonsratskandidat Marcel Heimann die Mitglieder und Interessierten hinaus aus dem gewohnten politischen Alltag und mitten hinein in die Praxis. Auf dem Programm stand die Besichtigung des neuen Regenüberlaufbeckens Aspholz in Esslingen.

Klärwärter Philipp Oberholzer führte die Teilnehmer durch die Anlage und erklärte fachkundig und anschaulich deren wichtige Aufgabe für die Abwasserentsorgung und den Gewässerschutz unserer Gemeinde und des angrenzenden Greifensees.

Die Dimensionen des Neubaus sind eindrucklich: Das Rückhaltevolumen wurde von bisher 900 auf insgesamt 2200 Kubikmeter erhöht. Die drei Becken sorgen dafür, dass bei starken Regenfällen deutlich mehr Mischwasser zurückgehalten und kontrolliert der Kläranlage zugeführt werden kann. Dadurch können die Entlastungen in die Gewässer um mehr als 60 Prozent reduziert werden. Rund vier Millionen Franken wurden in diese wichtige kommunale Infrastruktur investiert.

Nach dem technischen Teil durfte auch die Geselligkeit nicht fehlen. Bei Kantonsrat Ueli Pfister liessen die Teil-



Eindruckliche Führung durch das Regenüberlaufbecken Aspholz in Esslingen. Bild: zVG

nehmer den Sommerabend bei Grilliertem und einem kühlen Getränk ausklingen. In ungezwungener Atmosphäre blieb Zeit für gute Gespräche, politische Diskussionen und den persönlichen Austausch.

Der von Marcel Heimann organisierte Anlass zeigte einmal mehr, wie wertvoll es ist, lokale Themen aus erster

Hand kennenzulernen und den direkten Austausch zwischen Bevölkerung, Politik und den Verantwortlichen unserer Gemeinde zu pflegen. Eine wichtige Grundlage für eine bürgernahe und verantwortungsvolle Politik.

Marcel Heimann,  
Kantonsratskandidat Egg

SVP ILLNAU-EFFRETIKON

## Grosses Interesse am SVP-Grillplausch von Illnau-Effretikon

Unser jährlicher SVP-Grillplausch am 13. August 2026 wurde überschattet durch den Todesfall unseres langjährigen Mitglieds Beat Brügger, den wir am selben Tag zu seiner letzten Ruhe begleiten durften. Zu Beginn des Grillplauschs wurde eine Schweigeminute zu Ehren unseres verstorbenen Mitglieds abgehalten.

Ein Übergang zum traditionellen Anlass mit knapp 40 Teilnehmenden war nicht einfach, aber wir sind eine SVP-Familie, respektieren einander und tragen uns Sorge. Der Grillplausch soll ein Zeichen der Dankbarkeit und Wertschätzung sein, das Soziale und Gesellschaftliche wird dadurch gefördert. Miteinander lachen und interessante Gespräche führen sowie eine Schweigeminute zu Ehren unseres SVP-Familienmitglieds müssen darin Platz haben.

Beim Grillplausch durften wir unseren Gastredner Nationalrat Mauro Tuena begrüßen. Wer kennt ihn nicht, den aufrichtigen und zum Anfassen bürgernahen Nationalrat! Seine Rede war knackig und würzig. Er sprach über die kommende Abstimmung zur Neutralitätsinitiative am 27. September, eine wichtige Initiative, die wir unbedingt gewinnen müssen, sowie auch über den EU-Rahmenvertrag (Knobelverträge) mit über 2000 Seiten, den wir unbedingt bekämpfen müssen.

Auch eine Anekdote erzählte er uns: Mauro Tuena ging in Basel unüblich gekleidet per Tram nach Deutschland und dann wieder zurück in die Schweiz. Dies führte er dreimal durch. In Deutschland wurde er bei jeder Durchfahrt der Grenze kontrolliert, in der Schweiz hingegen wurde er nie kontrolliert. Diesen Missstand meldete Mauro dem Bundesrat Beat Jans. Dessen Antwort hiess: «Dies war sicher ein Zufall.»

Mauro Tuena erhielt von den Anwesenden einen herzlichen Applaus und ein grosses Dankeschön für sein Engagement für unsere Heimat.

Unter den Anwesenden durften wir auch unseren amtierenden Kantonsrat René Truninger sowie Kantonsratskandidat Daniel Huber begrüßen. Hiermit möchte ich auf die kommenden Kantonsratswahlen hinweisen, wo der Wahlkampf nun eröffnet ist.

Also, liebe Mitglieder, nutzt euer Privileg und geht an die Urnen im September! Schon im April 2027 finden dann die Kantonsrats- und Regierungswahlen statt, wo wir jegliche Unterstützung brauchen. Jede Stimme zählt, Ihre Stimme zählt!

Dominik Hunsperger,  
Präsident SVP Illnau-Effretikon



V.l.n.r.: Sektionspräsident Dominik Hunsperger, KR René Truninger, NR Mauro Tuena und aKR Reinhard Fürst.

Bild: zVg

LESERBRIEF

## Schamloser Griff in die Kasse: Stadtzürcher Politik-Privilegien gefährden das Milizsystem!

Das Stadtzürcher Stimmvolk hat erst im Februar 2025 unmissverständlich und glasklar Nein zu einer schamlosen Erhöhung der Gemeinderatsentschädigungen gesagt. Doch die rotgrüne Ratsmehrheit im Stadthaus kennt keine demokratische Demut. Kaum ist das Nein an der Urne getrocknet, peitscht das Parlament bereits den nächsten Anlauf für eine saftige Lohnerhöhung um rund 30 Prozent durch – inklusive neuer Privilegien bei der beruflichen Vorsorge. Als einzige bürgerliche Kraft hält die SVP konsequent dagegen, während sich die anderen Parteien im Ratssaal selbstgefällig auf die Schultern klopfen.

Als SVP-Mitglied aus der Nachbargemeinde Dübendorf reibe ich mir fassungslos die Augen. Bei uns im mittleren Glatttal und in den Agglomerationsge-

meinden des Kantons funktioniert das Schweizer Milizsystem noch genau so, wie es erfunden wurde: als ehrenvoller, bürgernaher Dienst an der Allgemeinheit, der mit vernünftigen, massvollen Aufwandsentschädigungen abgolten wird. In Zürich hingegen verkommt das stolze Milizparlament Schritt für Schritt zu einer gut bezahlten Pseudo-Berufspolitik. Rechnet man die neuen Ansätze der Stadtzürcher Vorlage auf ein hypothetisches Vollzeitpensum hoch, knackt das einen Jahreslohn von über 130 000 Franken!

Dieser neuerliche Vorstoss ist ein handfester Affront gegenüber der direkten Demokratie und allen hart arbeitenden Steuerzahlern im Kanton Zürich, die tagtäglich mit steigenden Krankenkassenprämien, Mieten und Lebenshaltungs-

kosten kämpfen. Es ist die typisch linke Mentalität: Wenn das Volk nicht wunschgemäß abstimmt, wird die Vorlage einfach leicht kosmetisch verpackt und dem Souverän so lange wieder vorgesetzt, bis das Ergebnis passt.

Wir im Kanton dürfen nicht zulassen, dass diese städtische Selbstbedienungsmentalität Schule macht und auf unsere Gemeinden abfärbt. Politik darf kein lukratives Geschäftsmodell sein! Deshalb braucht es im kommenden September an der Urne ein erneutes, unmissverständliches NEIN zur Totalrevision der Entschädigungsverordnung in der Stadt Zürich. Schützen wir unser bewährtes Milizsystem vor der rotgrünen Gier!

Jérôme Hensch,  
SVP Dübendorf

SVP OETWIL AM SEE

## SVP-Puurezmorge in prächtiger Atmosphäre

Eine beachtliche Anzahl Frühstücksgäste pilgerte an diesem prächtigen und angenehm sonnigen Sonntagmorgen zum Biohof Bosshard im Riet.

Das reichhaltige Angebot, die bestens geeignete Örtlichkeit und das lüpfischmissige Trio Flaudermuisig vermochten eine gemütliche Stimmung bis weit in den Nachmittag hinein zu bewirken.

Anwesend waren auch Kantonsrat Tumasch Mischol und Bezirksparteipräsident Marc Wachter mit Ehefrau. Zum Thema Ernährungsinitiative (Ab-

stimmung am 27. September) konnte Nationalrat Martin Haab, Mettmensetten (Präsident Zürcher Bauernverband), anschaulich und kompetent die ungünstigen Folgen einer allfälligen Annahme aufzeigen.

Eugen Hunziker,  
Präsident SVP Oetwil am See



Puurezmorge in gemütlicher Atmosphäre.

Bild: zVg

LESERBRIEF

## Keine NATO-Anbiederung, kein Wirtschaftskrieg: Ja zur Neutralitätsinitiative der SVP!

Am 27. September 2026 hat das Schweizer Stimmvolk die historische Chance, die Notbremse zu ziehen. Die SVP hat die Neutralitätsinitiative lanciert, weil Bundesrat und die Mittelinks-Mehrheit in Bern die bewährte, integrale Neutralität unseres Landes schrittweise opfern. Die willfährige, automatische Übernahme von EU-Wirtschaftssanktionen schadet nicht den Kriegstreibern, sondern fügt unserem eigenen Wirtschaftsstandort, unseren Unternehmen und den Bürgern massiven Schaden zu. Gleichzeitig findet eine brandgefährliche, schleichende Annäherung an die NATO statt, die unsere Sicherheit aufs Spiel setzt. Damit muss Schluss sein!

Deshalb fordert die SVP eine unmissverständliche, starre Verankerung der bewaffneten Neutralität direkt in der Bundesverfassung. Nur so entziehen wir der Berner Elite den politischen Spiel-

raum für gefährliche aussenpolitische Experimente. Ein Beitritt zu Militärbündnissen wie der NATO wird damit verfassungsrechtlich rigoros verboten. Kooperationen sind einzig und allein dann erlaubt, wenn die Schweiz direkt militärisch angegriffen wird. Nur eine strikte, unumstössliche Neutralität garantiert zudem das Überleben unserer stolzen humanitären Tradition: Wer Partei ergreift und Wirtschaftskriege führt, verliert seine Glaubwürdigkeit als neutraler Vermittler und sicherer Hafen für Friedensgespräche. Stehen wir ein für unsere Unabhängigkeit, unsere humanitären Werte und unsere Sicherheit – stimmen wir aus voller Überzeugung JA zur Neutralitätsinitiative der Schweizerischen Volkspartei!

Andi Widmer,  
Präsident SVP Laufen/Uhwiesen

LESERBRIEF

## Vom Hellgrün ins Dunkelgrün

Ist der Frust bei Frau Lisa Mazzone, Präsidentin der Grünen Partei der Schweiz, über den im Jahr 2023 verlorenen Sitz im Ständerat immer noch präsent? Denn Frau Mazzone lehnt sich seither zu weit aus dem Fenster. Bei allen öffentlichen Auftritten stellt sie das von der Stimmbevölkerung angenommene Begehren «Schweiz bis 2050 CO<sub>2</sub>-frei» als ultimatives Ziel. Das zu erreichen, ist aber wohl Utopie. Mit ihrer aggressiven Art und ihrem Unwissen über dieses Thema macht sich Frau Mazzone bei einem Teil der Bevölkerung lächerlich und gleitet von Hellgrün langsam ins Dunkelgrün. Auch der Angriff auf Herrn Bundesrat Albert Rösti und sein Departement, das sie am liebsten komplett auswechseln würde, ist beschämend. In der SRF-Sendung «Gredig direkt» war der Gast Herr Reinhold Messner. Beim Thema Klimawandel waren seine Antworten klar und überzeugend. Dieser schlei-

chend auf der ganzen Welt spürbare Klimawandel ist bestimmt schon seit Jahrtausenden von Jahren im Gange und ist nicht zu bremsen. Der Mensch muss in Zukunft mit spontan auftretenden Naturgewalten rechnen und leben und sich ihnen anpassen, vielleicht herrscht in 20–40 Millionen Jahren wieder eine Eiszeit. Ich persönlich kann das Wort Klimawandel und die verschiedenen Ansichten von studierten Klimaforschern nicht mehr hören, denn jeder hofft, dass seine Meinung betreffend den Klimawandel die richtige ist und beim Volk Gehör findet. Die Menschheit muss sich einmal gemeinsam bewegen, das Abholzen vom Regenwald im Amazonasbecken zu verhindern, dann wäre ein erster Schritt einer Anpassung gemacht.

Richard Schmid,  
Niederglatt

## Sie lieben die Schweiz?

Treten Sie noch heute der SVP bei und setzen Sie sich für unser Land ein.





SVP DIGITAL



**Teleblocher**  
Dr. Christoph Blocher im wöchentlichen Gespräch mit Dr. Matthias Ackeret.





**In den Sumpfen von Bern**  
Wöchentlicher Videobeitrag von NR Thomas Matter zu den Machenschaften in Bern.





**Weltwoche daily**  
Täglicher News-Flash am Morgen von alt NR Roger Köppel.





**SVP des Kantons Zürich**  
Instagram-Seite der SVP des Kantons Zürich. Wir freuen uns über jeden neuen Follower, jeden Like und jeden neuen Kommentar!





**Wortwächsel**  
Der Podcast für Meinungsmacher von NR Benjamin Fischer.





**Jobs**  
Möglichkeiten, für die SVP zu arbeiten.



SVP-STÄMME

**Bezirk Bülach/Bachenbülach**  
Jeden zweiten Mittwoch im Monat, ab 19.00 Uhr, Lokalität gemäss Homepage [www.svp-bachenbuelach.ch](http://www.svp-bachenbuelach.ch).

**Bezirk Bülach/Embrach**  
Jeden letzten Sonntag im Monat, ab 10.30 Uhr, Wöschhüsl, Oberdorfstrasse 15, Embrach.

**Bezirk Dietikon/Birmensdorf und Urdorf**  
Jeden ersten Samstag im Monat, ab 10.00 Uhr, Alterszentrum am Bach, Bistro, Bachstrasse 1, Birmensdorf.

**Bezirk Hinwil/Dürnten**  
Jeden ersten Donnerstag im Monat, ab 19.00 Uhr, Arcade Restaurant und Bar, Bubikonerstrasse 43A, Dürnten.

**Bezirk Horgen/Adliswil**  
Jeden letzten Donnerstag im Monat, ab 19.30 Uhr, Restaurant Pot Belly's, Soodring 21, Adliswil.

**Bezirk Horgen/Thalwil**  
Jeden ersten Montag im Monat, ab 19.00 Uhr, Restaurant Höfli, Farbsteig 17, Thalwil.

**Bezirk Meilen/Stäfa**  
Jeden zweiten Dienstag im Monat, 19.00–22.00 Uhr, mit Nachtessen, Lokalität gemäss [www.svp-staefa.ch](http://www.svp-staefa.ch).

**Bezirk Pfäffikon/Pfäffikon**  
Jeden ersten Samstag im Monat, 11.00–12.00 Uhr, Restaurant Hecht, Usterstrasse 8, Pfäffikon.

**Bezirk Uster/Uster**  
Jeden zweiten Dienstag im Monat, 14.30–17.00 Uhr, Restaurant Stella del Centro, Uschter 77, Zürichstrasse 1, Uster.

**Bezirk Winterthur**  
Jeden ersten Donnerstag im Monat, 18.30 Uhr, Restaurant Rössli, Rössligasse 7, Winterthur.

**Bezirk Winterthur/Wülflingen**  
Jeden Samstag, 11.00–12.30 Uhr, Taverne zum Hirschen, Lindenplatz 2, Winterthur.

**Bezirk Zürich/Kreis 6**  
Jeden ersten Dienstag im Monat, 19.00 Uhr, Wild West Steakhouse Texas, Winterthurerstrasse 175, Zürich.

**Bezirk Zürich/Kreis 12**  
Jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.00 Uhr, Schwamedingerhuus, Schwamendingerplatz 2, Zürich.

SVP-VERANSTALTUNGEN

**Bezirk Affoltern/Bonstetten**  
Dienstag, 1. September 2026, 19.30 Uhr, Abstimmungspodium, Gemeindesaal, Am Rainli 4, Bonstetten, mit Alt Bundesrat Christoph Blocher und Kantonsrätin Ursula Junker.

**Bezirk Andelfingen**  
Mittwoch, 2. September 2026, 11.30 Uhr, Polit-Lunch, Restaurant Ochsen, Unterdorf 15, Marthalen, mit Nationalrätin Barbara Steinemann. Mittagessen auf Kosten der Teilnehmer. Anmeldung bis 31. August 2026 (mit Wahl Fleisch oder vegetarisch) an [ycaspar@sunrise.ch](mailto:ycaspar@sunrise.ch).

**Bezirk Bülach/Wil**  
Sonntag, 30. August 2026, 10.00 Uhr, Frühschoppen, Weingut, Sonnenberg 1, Wil.

**Bezirk Dietikon/Birmensdorf**  
Freitag, 11. September 2026, 18.30 Uhr, Polit-Grill, Waldhütte Ettenberg, Howielstrasse 27, Birmensdorf, mit Nationalrätin Nina Fehr Düsel. Anmeldung an [yannik.haelg@svp-birmensdorf.ch](mailto:yannik.haelg@svp-birmensdorf.ch).

**Bezirk Hinwil**  
Mittwoch, 2. September 2026 – Sonntag, 6. September 2026, SVP-Stand an der Züri Oberland Mäss (ZOM), Messegelände, Rapperswilerstrasse 63, Wetzikon.

**Bezirk Meilen/Küsnacht**  
Dienstag, 1. September 2026, 19.30 Uhr, Veranstaltung gegen den EU-Unterwerfungsvertrag, Singsaal Wiltiswacht, Seestrasse 143b, Küsnacht, mit Nationalrätin Nina Fehr Düsel und Regierungsratskandidat Martin Hübscher. Anschliessend Apéro.

**Bezirk Meilen/Meilen**  
Freitag, 4. September 2026, 14.00–20.30 Uhr, SVP-Stand am Meilemer Herbstmärt, Kirchgasse, Meilen.

**Bezirk Pfäffikon/Russikon**  
Freitag, 18. September 2026, 18.30 Uhr, Herbstparty, Schützenhaus, Schützenhof 5, Russikon, mit Nationalrätin Barbara Steinemann. Weitere Informationen und Anmeldung unter [www.svp-russikon.ch](http://www.svp-russikon.ch).

**Bezirk Winterthur/Wiesendangen**  
Montag, 31. August 2026, 19.00 Uhr, Podium zur Neutralitätsinitiative, Dorftrotte, Trottenstrasse 1, Wiesendangen, mit Nationalrätin Therese Schläpfer und Kantonsrat Tobias Weidmann, Fraktionspräsident.

IMPRESSUM

**Zürcher Bauer**  
Offizielles Organ des Zürcher Bauernverbandes.  
  
**Jahresabonnement Print + Online:** Fr. 73.– + 2,6% MWSt (Ausland auf Anfrage). **Jahresabonnement Online:** Fr. 65.– inkl. 2,6% MWSt. **Redaktion:** ZBV, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, [bauernverband@zbv.ch](mailto:bauernverband@zbv.ch), Ferdi Hodel (FH), Telefon 044 217 77 33. **Insertionspreise:** [www.zbv.ch/zuercher-bauer](http://www.zbv.ch/zuercher-bauer). **Abonnementsdienst:** Zürcher Bauernverband, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, Telefon 044 217 77 33, [abo@zuercher-bauer.ch](mailto:abo@zuercher-bauer.ch).  
  
**Interne Autoren:** SB – Sean Burgess; RW – Reinhard Wegelin; ROMÜ – Roland Müller.  
Erscheint jeden Freitag. **Inseratenannahme:** SVP des Kantons Zürich, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, Telefon 044 217 77 63, [inserate@svp-zuerich.ch](mailto:inserate@svp-zuerich.ch). **Inseratenschluss:** Mittwoch, 12.00 Uhr. **Veranstaltungsmeldungen:** [veranstaltungen@svp-zuerich.ch](mailto:veranstaltungen@svp-zuerich.ch) **Layout:** Mattenbach Zürich AG, Binzstrasse 9, 8045 Zürich. **Druck:** Mittelland Zeitungsdruck AG (AZ Print), Neumattstrasse 1, 5001 Aarau.

**Der Zürcher Bote**  
Offizielles Organ der Schweizerischen Volkspartei des Kantons Zürich.  
  
**Abonnementspreis:** Für die Schweiz jährlich für Parteimitglieder Fr. 55.–, für Nichtmitglieder Fr. 75.–. **Redaktion:** SVP, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, [zb@svp-zuerich.ch](mailto:zb@svp-zuerich.ch), Sean Burgess, Telefon 044 217 77 68. **Insertionspreise:** [www.svp-zuerich.ch/zurcher-bote](http://www.svp-zuerich.ch/zurcher-bote). **Abonnementsdienst:** SVP des Kantons Zürich, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, Telefon 044 217 77 66, [sekretariat@svp-zuerich.ch](mailto:sekretariat@svp-zuerich.ch).

**Stadt Winterthur/Seen**  
Freitag, 4. September 2026, bis Sonntag, 6. September 2026, SVP-Stand an der Seemer Dorfet, Ecke Seenerstrasse/Werdstrasse, Winterthur-Seen.

**Stadt Zürich/Kreis 10**  
Samstag, 29. August 2026, 09.30–11.30 Uhr, Standaktion, Kappenbühlweg, Zürich-Höngg.

**Stadt Zürich/Kreis 11**  
Freitag, 28. August 2026, 18.00 Uhr, SVP-Polit-Apéro, Restaurant Bürgli, Seebacherstrasse 65, Zürich, mit Regierungsratskandidat Martin Hübscher.

**Stadt Zürich/Kreis 12**  
Freitag, 4. September 2026, bis Sonntag, 6. September 2026, SVP-Stand an der Schwamendinger Chilbi, Stettbachweg, Zürich-Schwamendingen.

**Junge SVP Kanton Zürich**  
Freitag, 28. August 2026, 19.00 Uhr, Grillabend, Schützenhaus, Schützenhausweg 2, Gossau ZH, mit Kantonsrat Daniel Wäfler. Kosten: 10 Franken. Anmeldung an [omi@jsvp-zh.ch](mailto:omi@jsvp-zh.ch).

**WEITERE VERANSTALTUNGEN**  
Donnerstag, 3. September 2026, 19.30 Uhr, Veranstaltung zur Neutralitätsinitiative, Thurgauerhof, Felsenstrasse 6, Weinfelden TG, mit Alt Bundesrat Christoph Blocher. Anschliessend Apéro.  
  
Freitag, 18. September 2026, 19.30 Uhr, Veranstaltung gegen den EU-Unterwerfungsvertrag, Lorzensaal, Dorfplatz 3, Cham ZG, mit den Nationalräten Magdalena Martullo-Blocher, Martin Haab und Thomas Aeschi, Fraktionspräsident. Anschliessend Apéro.  
  
Samstag, 26. September 2026 – Sonntag, 27. September 2026, SVP-Schiessen 2026, Vorschiesen am Samstag, 12. September 2026, Schützenhaus, Schützehusstrass 7, Marthalen. Weitere Informationen und Anmeldung unter [www.svp-schiessen.ch](http://www.svp-schiessen.ch).

**Swiss Jass!!**  
Online und offline jassen

Mit Französischen und Deutschen Spielkarten.



Spiele bequem und von zu Hause aus – unter **Windows** am PC, Laptop, Tablett – zusammen mit vielen Jasserinnen und Jassern, oder auch alleine, vergnügliche Jassrunden.



Die übersichtliche Spielfläche von **Swiss Jass !!**

Alles Wissenswerte zum einfachen Spielen mit **Swiss Jass!!** ist auf [www.swissjass.ch](http://www.swissjass.ch) zu finden. Besuchen Sie uns jetzt.

**Kostenlose Anmeldung Jetzt ausprobieren und 5 Tage Gratis spielen!**

Hinweis: Das Programm ist nicht für Android und IOs geeignet

**Die beliebtesten und verfügbaren Jassvarianten:**

- ✓ **Schieber**
- ✓ **Coiffeur**
- ✓ **Coiffeurschieber**
- ✓ Misère Molotow
- ✓ Differenzler
- ✓ Schellenjass
- ✓ Sticheln
- ✓ Sidi Barrani
- ✓ Guggitaler
- ✓ Total Guggitaler
- ✓ Handjass
- ✓ Molotow
- ✓ Plusminus
- ✓ Schaufeldame
- ✓ Schiltener

**Gratis Download unter [www.swissjass.ch](http://www.swissjass.ch)**

Dübendorf, 26. August 2026

EINLADUNG  
zur Delegiertenversammlung  
Dienstag, 8. September 2026, 19.30 Uhr  
Bistro Blume, Saal, Tösstalstrasse 432, 8497 Fischenthal

**Vorprogramm**  
Türöffnung und Verpflegung ab 18.30 Uhr, Vorprogramm ab 18.45 Uhr

- Geniessen Sie Ghackets mit Hörnli, Chäshörnli, Schweinswürstli oder Wienerli, zum Dessert gibt's feine Crèmeschnitten, Nuss- und Mandelgipfel, Baumerfladen
- Musikalischer Auftakt durch die Harmoniemusik Fischenthal
- Begrüssung durch Kantonsrat und Gemeindepräsident René Schweizer

**Traktanden**

- Begrüssung und Standortbestimmung** Parteipräsident
- Wahl der Stimmenzähler** Parteipräsident
- Eidg. Abstimmungsvorlagen vom 29. November 2026 - Parolenfassung**
  - Bundesbeschluss vom 19. Juni 2026 über die Zusatzfinanzierung der AHV durch eine Erhöhung der Mehrwertsteuer NR Martin Hübscher
  - Volksinitiative «Ja zu fairen Bundessteuern auch für Ehepaare - Diskriminierung der Ehe endlich abschaffen» NR Benjamin Fischer

**P A U S E mit Verpflegungsmöglichkeit**

**Fortsetzung: Eidg. Abstimmungsvorlagen vom 29. November 2026 - Parolenfassung**

- Änderung vom 19. Dezember 2025 des Bundesgesetzes über das Kriegsmaterial (Kriegsmaterialgesetz, KMG) NR Mauro Tuena
- Volksinitiative «Für eine Einschränkung von Feuerwerk» NR Bruno Walliser

**4. Rahmenabkommen** NR Gregor Rutz

**5. Verschiedenes**